

Nr 3599 1J

1992 -10- 13

II-7431 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. König, Dr.Graff, Dr.Pirker
und Kollegen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend organisiertes Verbrechen - Autodiebstähle

In der Sendung "Konflikte" vom 27.9.1992 in FS 2 wurde berichtet, daß die Zahl der Autodiebstähle in Österreich bereits jährlich 2600 erreicht habe. Von diesen ginge ein Großteil über die Grenze nach dem Osten. In einer Schwerpunktaktion habe die Exekutive und der Zoll rund 100 als gestohlen gemeldete Fahrzeuge aufgegriffen. In vielen Fällen mußten sie auf Weisung der Staatsanwaltschaft jedoch Auto und Fahrer passieren lassen. Die in der Sendung anwesenden Staatsanwälte stellten dies nicht in Abrede, begründeten die Freigaben jedoch mit der Gesetzeslage: bei Glaubhaftmachung des Erwerbs von einem Händler wäre eine Anhaltung unstatthaft. Eine Überprüfung auf Fälschungen findet offensichtlich nicht statt. Aufgrund dieser in höchstem Maße unbefriedigenden und die eingesetzten Beamten demotivierenden Zustände stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e:

- 1) In wievielen Fällen wurde seitens der Staatsanwaltschaft, Zoll und/oder Exekutive angewiesen, Autos und Lenker passieren zu lassen?
- 2) Hat in all diesen Fällen eine nachträgliche Überprüfung - auch bei den Händlern - stattgefunden und welche Ergebnisse brachte diese?

- 2 -

- 3) Sehen Sie sich in der Lage, mittels genereller Weisung eine Vorgangsweise sicherzustellen, die derartige Vorkommnisse ausschließt und nicht nur die Anhaltung der Autos, sondern auch der Lenker bis zur Klärung des Falles ermöglicht?
- 4) Wenn nein: Welche gesetzlichen Änderungen wären hierfür erforderlich?
- 5) Sind Sie bereit, eine solche Gesetzesnovellierung in kürzester Zeit ins Parlament zu bringen?
- 6) Welche sonstigen Maßnahmen werden Sie ergreifen, damit die Zahl der Autodiebstähle reduziert und das organisierte Verbrechen wirksam bekämpft wird?
- 7) Welche internationalen Vereinbarungen sind erforderlich, um in Zusammenarbeit mit den Exekutiv- und Justizbehörden unserer östlichen Nachbarländer im weiteren Sinn eine Rückstellung aufgegriffener gestohlener Fahrzeuge zu ermöglichen?